

Inserate

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postämtern und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Verlag-Expeditionen.
New-York: Mr. Franz Scher, 177 Elm Str. corner Broome. — Wm. Herr, 312 Broadway, 348 West — 37 Str.
Philadelphia: E. Koh, 508 North 3rd Street.
J. Bell, N. E. box Charlotta & George Str.
Hoboken N. J.: F. W. Borg, 213 Washington Str.
Chicago: W. Baerermann, 74 Clybourne Ave.
San Francisco: S. Wm, 418 O'Farrell Str.
London W.: Wm. Hoffmann, 37 A Princess Str. Leicester Squ.

Parteigenossen!

Schon wieder sind wir gezwungen, an Euch eine besondere Aufforderung zu richten.

Unsere Partei, die eine Partei des Kampfes ist, des Kampfes für politische und soziale Aufklärung und für eine gerechte Gesellschaftsordnung, bedarf nicht nur einer stets gefüllten Kriegskasse, sondern muß auch einen ausreichenden Invalidenfond haben. Neben den Geldern zur Agitation darf es an Geldern im Unterstützungsfond, an Geldern für die von der politisch-sozialen Reaktion gemäßigten Genossen nicht fehlen.

Augenblicklich aber fehlt es daran und warum? Blickt hin auf die vielen Beurtheilungen unserer Parteigenossen und Ihr habt die Antwort. Geld- und Gefängnisstrafen regnen auf die Partei herab, in München allein haben jetzt etwa vierzig Genossen mit dem Gefängnis Bekanntschaft zu machen. Das darf uns nicht gleichgültig lassen. Solchen Thatsachen gegenüber hat ein Jeder unter uns seine Versicherungsprämie — hier ein Scherlein zum Unterstützungsfond — zu zahlen.

Um Euch allen diese Zahlung zu erleichtern, haben wir in diesen Tagen Sammellisten für den Unterstützungsfond an alle bekannten Adressen verschickt, hoffend, daß die erste Rate der gezeichneten Beträge baldigst eingehen werde.

Alle Gelder sind an den mitunterzeichneten A. Geib, der darüber im „Vorwärts“ quittiren wird, zu senden.

Hamburg, 24. April 1878.

Das sozialistische Central-Wahl-Comité Deutschlands.
S. A.:

E. Derossi, Holzdam 42.
August Geib, Rödingsmarkt 12.

Staatsprämien auf Thierquälerei.

Der Bildungs- und Culturgrad eines Volkes wird nicht mit Unrecht vielfach nach der Behandlungsweise, die dasselbe im Allgemeinen den Thieren angedeihen läßt, abgemessen. Verständige Eltern und Erzieher haben ein wachsames Auge auf ihre Kinder, wenn dieselben mit kleinen Thieren in Berührung kommen. Thierschutzvereine wachsen wie Pilze aus der Erde. Die Stiergefechte in Spanien und die Hahnenkämpfe in England gelten als eine widerliche Belustigung des geistig-verkommenen Pöbels. Das „Laudenschießen“ (Schießen auf zuvor geblendete Tauben), welches vor mehreren Jahren noch in Deutschland vorkam, hat die Polizei untersagt, und ein Droschkenfutscher, der seinen Gaul übermäßig quält, verfällt dem § 360 des Strafgesetzbuchs, in welchem es heißt: „wer öffentlich oder in Aergerniß erregender Weise Thiere boshaft quält oder roh mißhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bestraft.“

Nach diesen Vorbemerkungen wollen wir uns einmal das Hauptvergnügen der deutschen Aristokratie, das Wettrennen betrachten. Wir nehmen die „Tante Bosh“ zur Hand und lesen: „Berliner Rennbahn zu Hoppegarten. Frühlingsmeeting. Erster Tag. Montag, den 22. April. Der erste Tag des Frühjahrs-Meetings sah die Tribünen überfüllt, namentlich von einem reichen Damenstolz in glänzenden Toiletten, bei welchen allerdings noch die letzte Wintermode mit der neuen des Frühjahrs im Streite lag. Der Verlauf der Rennen war ein recht interessanter. Die einzelnen Concurrenzen waren gut besetzt und wurden scharf bis zu Ende ausgemessen. Die Pferde waren ziemlich „fit“ aus dem Stall gekommen und befanden sich in Condition. Auch der Zustand der Bahn war gut und die Arrangements griffen prompt ineinander. General-Secretär Hr. v. Thielmann hatte das Amt des Richters übernommen. Herr Wachterow leitete den Ablauf und Graf Sierstorff beaufsichtigte die Waage. Die Pause zwischen den einzelnen Rennen füllten Musikstücke aus, welche das Musikcorps des Eisenbahn-Regiments zur Aufführung brachte. Um 3 Uhr begannen die Rennen mit: 1) Eröffnungrennen. Staatspreis 1500 Mark für 3jährige ältere incl. Hengste und Stuten, 60 Mk. Einsatz, halb Reingeld u. c.“

Einen Staatspreis von 1500 Mark erhält derjenige Fahrer, dessen Pferd am schnellsten die Reitbahn durchläuft, während das deutsche Reich Deficit auf Deficit thürmt; das preussische Abgeordnetenhaus hat natürlich zu dieser Ausgabe seine Genehmigung erteilt, während im Lande sich täglich die Noth und das Elend vergrößert. — Bei dem zweiten Rennen ist wieder ein Staatspreis von 1500 Mk. ausgesetzt, ebenso bei dem dritten; bei dem vierten finden wir einen Preis des Gräbiger Gestüts (Staatseinrichtung) von gleicher Höhe.

Den Schluß des Tages bildete um 5 Uhr Effenberg-Steepchase. Staatspreis 1200 Mark. Herren-Reiten u. s. w.“ so erzählt die „Vossische Zeitung“ weiter. Dann aber finden

wir bei der Beschreibung dieses „Herren-Reitens“ wörtlich folgenden Absatz:

„Die Bahn, welche zu durchlaufen, war die gewöhnliche Steeple-Chase-Bahn, auf der die Pferde die Tribüne zweimal zu passiren haben und erst beim dritten Male durchs Ziel gelangen. „Gostgeber“ war der Favorit, auch „Ingeborg“ glaubte man große Leistungen zutrauen zu dürfen. Allein es schien, als ob der Hengst nicht genug in Condition war, da ihm nur der 5. Platz verblieb und die Stute war zu solchen Leistungen unfähig, denn nachdem sie ihren Reiter bis über das letzte Hinderniß geschleppt hatte, brach sie mit letzterem zusammen. Auch „Streitart“ stürzte schon beim Flied und gab das Rennen auf. Dagegen zeigte sich „Alta“ als ein durchaus brauchbares Springpferd: sie lag fast immer an der Spitze und kam noch frisch mit 8 Längen Vorsprung durchs Ziel. „Nemesis“, die recht brav geritten wurde, kam nach einem vergeblichen Versuch den Sieg zu erringen, als zweite ins Ziel. „Comtes Bibi“ ging 25 Längen dahinter als dritte ein.“

Haben wir hier nicht die vollendete öffentliche Thierquälerei vor uns, werden solche edlen Thiere nicht in der rohesten Weise mißhandelt, erregen solche Vorfälle vielleicht kein Aergerniß?

Auf diese Fragen giebt es nur eine Antwort: Ja!

Wenigleich ein Aergerniß bei den „feinen“, „vornehmen“ und „gebildeten“ Leuten durch derartige Thierquälerei nicht erregt wird, so sind doch beispielsweise sämtliche Sozialdemokraten so anständig und feinfühlernd, daß sie solche Brutalitäten verabschonen und verdammen.

Wo bleibt aber dabei der Herr Tessendorff? Kennt er das Strafgesetzbuch nicht bei solchen Fällen? Oder fehlt ihm der Muth, auch einmal nach oben zuzugreifen, ihm, dem es eine Banne zu sein scheint, Arbeiter und Arbeitervertreter fassen zu können?

Doch das Schlimmste ist der von dem preussischen Abgeordnetenhaus bewilligte Staatspreis für solche öffentliche rohe und graufame Thierquälerei.

Zur sozialistischen Werththeorie.

Von Geo. C. Stiebeling.
(Fortsetzung statt Schluß.)

Indem Professor Schäffle die Ansicht vertritt, daß der Werth der Güter nicht allein durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, sondern auch durch die Dringlichkeit des Bedarfes, d. h. durch Angebot und Nachfrage bedingt sei, bekämpft er die Basis des wissenschaftlichen Sozialismus in ganz ähnlicher Weise, wie alle übrigen modernen Gegner desselben, nur mit etwas andern Worten. Er verwechselt dabei, wie diese, den Begriff des Preises mit dem des Werthes, und zwar in doppelter Beziehung, nämlich mit dem des Tauschwerthes und mit dem des Gebrauchswerthes. Außerdem wendet er letzteres Wort (Gebrauchswerth) in einer ganz unzulässigen Bedeutung an. Um jedoch die Leser der „Arbeiter-Stimme“ in den Stand zu setzen, das Irrige seines Urtheils leichter zu erkennen, will ich ihnen kurz erklären, was unter Werth, Tauschwerth, Gebrauchswerth und Preis zu verstehen ist.

Werth im volkswirtschaftlichen Sinne nennt man jedes nützliche Ding. Alle nützlichen Dinge müssen unterschieden werden in solche, welche durch die bloße Arbeit der Natur geschaffen sind, wie jungfräulicher Boden, Mineralschätze in der Erde u. s. w., und in solche, welche mit Hilfe menschlicher Arbeit entstehen; erstere sind natürliche, letztere künstliche Werthe. Man kann nun die Nützlichkeit eines Dinges entweder nach seiner Qualität (Beschaffenheit) oder nach ihrer Quantität (Größe) betrachten, also untersuchen, wozu es nützt oder wie viel es nützt verglichen mit andern ihm gegenüberstehenden nützlichen Dingen. In jenem Fall ist es für uns ein Gebrauchswerth, in diesem ein Tauschwerth. Der Betrag des Nutzens, den ein Ding gewährt, hängt aber unter allen Umständen von seiner Menge ab, und diese Menge hinwieder wird, wenn es ein natürlicher Werth ist, durch die Masse der in ihm verkörperten Arbeit der Natur, und wenn ein künstlicher, durch die Masse der in ihm verkörperten menschlichen Arbeit unmittelbar bedingt.

Bei der jetzt existirenden Gesellschaftsordnung werden alle künstlichen Werthe als Waaren auf dem Markte gegeneinander ausgetauscht, doch nicht direkt, sondern durch einen Vermittler. Es hat nämlich im Laufe der Zeit eine bestimmte Waare vermöge ihrer nützlichen Eigenschaften es dahin gebracht, für alle andern Waaren die Rolle des allgemeinen Aequivalents (Gleichwerths) zu spielen, also zur Geldwaare zu werden. Diesen bevorzugten Platz unter den Waaren hat das Edelmetall, insbesondere das Gold erobert. Der Werthandruck einer Waare in Gold heißt ihre Geldform oder ihr Preis. Damit ist aber nicht gesagt, daß Tauschwerth und Preis einer Waare eins und dasselbe sind.

Wie wir oben gesehen haben, ist der Betrag des Nutzens, der jedem künstlichen Werth innewohnt, unmittelbar bedingt durch die in ihm verkörperte menschliche Arbeit, oder schärfer ausgedrückt, durch die in ihm verkörperte gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Der Tauschwerth einer auf dem Markt zum Verkauf ausgestellten Waare hängt aber unmittelbar von dem Betrag des Nutzens ab, den sie gewährt; folglich beruht auch der Tauschwerth auf der in der Waare verkörperten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Dabei kommt es nicht darauf an, ob viel oder wenig von dieser Waare auf dem Markte vorhanden ist, ob sie von vielen oder wenigen Käufern verlangt wird. Ihr Tauschwerth ist unabänderlich bestimmt durch die in ihr verkörperte gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, und also durchaus unabhängig von Angebot und Nachfrage oder Dringlichkeit des

Bedarfes. Anders dagegen der Preis. Derselbe unterliegt stets den Schwankungen des Marktes; wenn er gestern dem Tauschwerth der Waare gleich kam, so steht er heute vielleicht unter und morgen möglicherweise über ihm. Angebot und Nachfrage oder Dringlichkeit des Bedarfes haben also gar nichts mit dem Tauschwerthe, aber sehr viel mit dem Preise der Waaren zu thun.

Das Gleiche gilt von dem Gebrauchswerthe. Sehen wir den Fall, daß Jemand ein Paar neue Stiefeln nötig hat und mit 6 Dollars Gold in der Tasche sich auf den Weg begiebt, um solche zu kaufen. Wenn Alles richtig zugeht, so müßte ihm für seine 6 Dollars Gold der Kleinhändler ein Paar neue Stiefeln verabfolgen, in welchen ebenso viel gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit verkörpert ist, wie in dem Golde, d. h. Tauschwerth und Preis sollten sich decken. Nun ist aber Tags zuvor Regenwetter eingetreten und die Aussicht ist, daß es längere Zeit anhält. In Folge dessen hat sich der Begehrt des Publikums nach Stiefeln vermehrt, und die Kleinhändler sehen sich dadurch veranlaßt, ihre Preise alsbald zu erhöhen. So geschieht es denn, daß unser Jemand heute 6 Dollars Gold für ein Paar Stiefeln bezahlen muß, die er gestern für 5 Dollars hätte bekommen können. Was hat sich nun von gestern auf heute geändert? Das Angebot von Stiefeln ist sich gleich geblieben, denn es hat keine Ueberproduktion und kein Spekulationsankauf von Belang stattgefunden; der Tauschwerth aller vorhandenen fertigen Stiefeln ist sich ebenfalls gleich geblieben, denn die in ihnen verkörperte gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist nicht länger und nicht kürzer geworden; und endlich ist auch ihr Gebrauchswert sich gleich geblieben, denn ihre Güte und Haltbarkeit hat weder ab- noch zugenommen. Es hat sich mithin nichts geändert, als der Begehrt des Publikums und der Preis der Stiefeln. Der Gebrauchswerth ist demnach ganz unabhängig von der Dringlichkeit des Bedarfes.

Sehen wir uns jetzt nach dieser Erörterung und Feststellung der hier in Frage kommenden Begriffe die oben angeführten Aussprüche des Herrn Professors noch einmal etwas genauer an. Er behauptet also, daß der Werth der Güter sich erschließt nicht bloß nach den Kosten, d. h. nach der darin verkörperten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, sondern auch nach dem Gebrauchswerth, d. h. nach der Dringlichkeit des Bedarfes richte. Diese, wie wir gezeigt haben, „erschichtlich“ falsche Auffassung begründet er durch folgendes Beispiel: „Wenn der Sozialbürger nach schlechter Ernte Brot verlangt, kann ihm der Sozialistenschef nicht Steine und nicht Kleider und nicht Bergkränze dafür bieten. Aber dem, welcher das besonders begehrte Brot verlangt, muß eine Taze über dem Kostenwerth angelegt werden, bei der er sich nach der Decke streckt, damit das Mangelnde, aber Begehrtere, für Alle wenigstens zur Noth reichen könne. Also der Sozialwerth („Tauschwerth“) muß nicht bloß als Kosten-, sondern zugleich als wechselnder Gebrauchswerth bestimmt sein; Sozialbedarf und Sozialproduktion gerathen sonst in eine heillose quantitative und qualitative Disharmonie, die Niemand bewältigen könnte.“

Da muß nun vorerst bemerkt werden, daß das Wort Gebrauchswerth hier in einem ganz unzulässigen Sinne angewendet wird. Gebrauchswerth hat dieselbe Bedeutung wie Nutzwert (vergl. Seite 32 der Broschüre), und bezeichnet eigentlich nur die Qualität (Art) des Gebrauchs oder Nutzens, den ein Ding gewährt im Unterschied von andern Dingen. Der besondere Gebrauchs- oder Nutzwert z. B. der Wolle besteht darin, daß sie dem Menschen zur Bekleidung dient, und nicht, wie das Brot, zur Nahrung. Aber selbst wenn man annimmt, daß jener Begriff nicht nur die Art, sondern auch die Quantität (Größe) des Nutzens oder Gebrauchs in sich schließt, kann er doch nicht den Sinn haben, welcher ihm von dem Herrn Professor beigelegt wird; denn die Größe des Nutzens oder Gebrauchs ist unabänderlich bestimmt durch die Menge des Dinges, und diese hinwieder hängt, wie wir oben gezeigt haben, unmittelbar von dem Maß der darin verkörperten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit ab. Es besitzen z. B. 5 Pfund Fleisch die nämliche Sättigungskraft, ob sich 100 Kauflustige dafür finden oder gar keine. Deshalb ist es unrichtig, von einem wechselnden Gebrauchs- oder Nutzwerte zu sprechen.

Was sodann den als Beweis angeführten Fall betrifft, so zeigt er recht deutlich das Irrige der hier vorgetragenen ökonomischen Lehre. Der „Sozialistenschef“, eine übrigens, nebenbei sei es bemerkt, in dem Sozialistenstaat unumgängliche Persönlichkeit, wird dem, welcher das besonders begehrte Brot verlangt, nicht eine Taze über dem Kostenwerth, sondern zu dem Kostenwerth ansetzen, d. h. das Brot wird nach der darin verkörperten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit berechnet werden. Nehmen wir beispielsweise an, daß in dem Lande A. erfahrungsgemäß bei einer Durchschnittsernte 5 Tage gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit zur Erzeugung eines Hektoliters Weizen erforderlich sind, so ist also der durchschnittliche Kostenwerth eines Hektoliters Weizen gleich 5 Tagen gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit. Nehmen wir nun ferner an, daß dieses Land für seine dormalige Bevölkerung jährlich 1 Million Hektoliter Weizen braucht und zu ihrer Produktion mithin 5 Millionen Tage gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit aufwenden muß, so wird, wenn eine gute Ernte 1,250,000 Hektoliter Weizen liefert, der Kostenwerth eines Hektoliters zu $\frac{5,000,000}{1,250,000} = 4$ Tagen gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit berechnet werden, und wenn eine schlechte Ernte nur 750,000 Hektoliter bringt, zu $\frac{5,000,000}{750,000} = 6\frac{2}{3}$ Tagen. Es wird demnach je nach der Produktivität (Erzeugungskraft) der Arbeit der Kosten- oder Tauschwerth sich ändern.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die „deutsche Vermittlung“, von der sich die Bismarckianer goldene Berge versprochen, hat bis dato zu absolut keinem Resultat geführt; und diese Resultatlosigkeit ist wahrscheinlich gleichbedeutend mit Frastö. Der „eheliche Kaffler“ dürfte zu sehr nach Zuchten, als daß seine Vorschläge in England nicht dem tiefsten Mißtrauen hätten begegnen müssen. Disraeli ist kein Andraffy — er kennt seine Pappenheimer, die Petersburger und die Berliner, und besteht shylokartig „auf seinem Schein“, das heißt dem Pariser Vertrag, der nur durch die Gesamtheit der beteiligten Mächte abgeschafft werden könne, und will von keinem Congreß etwas wissen, dem nicht der ganze Vertrag von Sankt Stefano zur Verathung und Annahme oder Verwerfung vorgelegt werde. Das ist der Angelpunkt der Krise. Willigt Rußland in das Verlangen Englands, so hat es den Vertrag von St. Stefano geopfert, denn England wird denselben nie anerkennen. Willigt es nicht ein, dann ist der Krieg mit England unvermeidlich. Unter solchen Umständen ist den Verhandlungen über Zurückziehung der englischen Flotte einerseits und der russischen Truppen andererseits absolut kein Werth beizumessen, da, ohne vorheriges Nachgeben Rußlands, der Congreß doch nicht zu Stande kommt. — Inzwischen haben die letzten Tage den Russen, zu anderen unangenehmen Ueberwachungen, eine neue, recht fatale gebracht, nämlich einen Aufstand der türkischen Bevölkerung in Bulgarien, der große Dimensionen angenommen hat und die Schwierigkeiten, mit welchen die Russen auf der Balkaninsel zu kämpfen haben, wesentlich vermehrt. Natürlich fällt es den Türken nicht ein, Barna und Schumla zu räumen, was die Russen täglich dringender fordern; auch Batum halten sie hartnäckig, so daß, falls der Krieg ausbricht, die Engländer sofort in Asien wie in Europa eine vortreffliche militärische Basis haben.

Wahrhaft kläglich ist die Rolle, welche Herr Andraffy spielt. Heut englisch, morgen russisch — schwankt er rath-, hülf- und kopflos hin und her und macht Oesterreich, das bei einiger Kühnheit, gepaart mit Verstand, eine unvergleichlich günstige Position hätte, zum kläglichen Spielzeug der Bismarck-Gortschakoff'schen Politik. Apropos, die beiden genannten Staatsmänner sind, Dank einer netischen Laune des Schicksals, gleichzeitig ziemlich ernsthaft erkrankt: Fürst Bismarck, der seit acht Tagen in Lauenburg ist (wo er die Palverfabriken für russische Rechnung überwachen wollte), an der „Gürtelrose“, und Herr Gortschakoff an einem rheumatischen Fieber — man sieht, die Russen haben Pech.

— Alfred Groot, früher Landesgerichtsrath in Düsseldorf und preussischer Abgeordneter in der Conventionszeit, ist am 15. April im Alter von 63 Jahren gestorben. Er war es, der im Jahre 1863 dem Herrn v. Bismarck von der Tribüne des Abgeordnetenhauses das Wort entgegenrief: „Nieder mit diesem Ministerium!“ Natürlich blieb er nicht mehr lange Landesgerichtsrath. 1866 stimmte er gegen die Annexionen; 1867 im norddeutschen Reichstage gegen die Bundesverfassung. Seit jener Zeit betheiligte Groot sich nicht mehr am öffentlichen Leben. — Die Fortschrittspartei, der Groot wenigstens formell angehörte, begräbt seit Waldeck's Tode endlich einmal wieder einen Ehrenmann. Groot wurde übrigens von seinen fortschrittlichen Parteigenossen, auch von Eugen Richter, ein Sonderling genannt. Wir glauben es gern, daß dieser politische Ehrenmann für die Dunder'sche Gesellschaft ein Sonderling war.

— Der Congreß der Nichtwahlberechtigten Ungarns hat am 21. und 22. April in Pest stattgefunden. Anwesend waren 106 Delegirte aus den verschiedensten Städten. Das Bureau bestand aus den Herren Dr. Czillag, Frankl, Thrlinger und Szabo. Die Verhandlungen wurden in deutscher und ungarischer Sprache geführt. Der Congreß beschloß den Erlaß eines Manifestes an die ungarische Nation. Der Congreß beschloß ferner die Bildung einer Partei der nichtwahlberechtigten ungarischen Staatsbürger; die Entscheidung einer Massenpetition an den Reichstag wurde dagegen unterbleiben, weil die Polizei die Wahl des Exekutivcomitês unterlagte. Ueber dieses Verbot soll der Ministerpräsident Tisza interpellirt werden, da es einen Eingriff in die Staatsbürgerrechte involvirt. Ein Agitationsfond soll gebildet werden. Abgesehen von einzelnen politischen Uebergriffen ist der Congreß als glücklich zu Ende geführt. Es muß sich nun zeigen, ob die ungarische Regierung dem Verlangen der Nichtwahlberechtigten Ungarns nachgeben und das allgemeine Wahlrecht einführen wird.

Die russischen Siege.

Von A. Bl.

(Schluß.)

Die russische Regierung dachte bekanntlich, gestützt auf die Berichte ihres Botschafters in Constantinopel, an ein „ruhmvolleres“ russisches 1866. Und in dieser Eventualität würde der „Ruhm“, der sich über alle Söhne Rußlands, besonders aber über die in „Kaisers Rod“ mit leuchtendem Abglanz verbreitet hätte, dem Siegesneid nicht erlaubt haben, die allerunterthänigsten Gardistenherzen zu demagogisiren. Nun aber erwies sich plötzlich der „ranke Mann“ nicht kränker als der „nordische Koloss“; der türkische „Räuber“ zeigte, daß er nicht geneigt war, seinem moskowitzischen Nebenbuhler die Beute leichten Kaufes aus der Hand zu geben. Der kaiserlich-russische Nordanführer wurde haben und dräben von seiner ephemeren Höhe rasch heruntergerissen. In Rußland begann es in Folge dessen stark zu gähnen, und natürlicherweise blieb auch die Garde, welche mit den jämmerlichen Niederlagen ihrer aktiven Kameraden auch die eigene Ruhmeskrone sinken sah, nicht ganz verschont davon. Und nun wußte die Regierung nichts Besseres zu thun, als ihr auserlesenes Kanonensutter zur Aktion zu berufen und die Ueberwachung der „Ordnung“ den „gewöhnlichen“ Truppen anzuvertrauen. Mit welcher Bangigkeit aber dieser Schritt gethan wurde, beweist das bei dieser Gelegenheit verbreitete Gerücht, daß die Kaiserin deshalb den Winter nicht in (dem revolutionären) Petersburg, sondern in (dem allerunterthänigsten) Sibirien zubringen würde.

Und in der That, das „Kriegsglück“ hat sich seit dem Eintreffen der kaiserlichen Garde auf dem Kriegsmordplatz zu Gunsten der Russen gewendet. Allein man würde sich sehr irren, wenn man glauben wollte, daß es die Garde als solche, d. h. als „beste Truppe“ Rußlands war, die diese „Wendung“ herbeiführte. Nein! Jeder, der die Entwicklung des Krieges verfolgt hat, weiß, daß die ersten, so überraschend leicht erfochtenen russischen Siege, wie z. B. der Donau-Uebergang, einzig und allein der äusserst nachlässigen Haltung der türkischen Commandanten zuzuschreiben sind. Von einem gründlich durchdachten und ernst ausgearbeiteten strategischen Operationsplane der Russen

— Aus der französischen „Republik“. Dem liberalen Oekonomisten Bastiat ist in seiner Vaterstadt Nuyron ein Denkmal gesetzt worden. Der „republikanische“ Finanzminister Léon Say hielt die Rede bei der Enthüllungsfest, lobte ihn, daß er gegen Broudhon und die Sozialisten gekämpft habe mit den scharfen Waffen des Geistes, verglich ihn mit Thiers — Beide seien echte „Republikaner“ und zugleich Sozialistenhafter gewesen, und nannte schließlich Bastiat einen glorreichen Verteidiger des Eigentums. Bekannt ist Bastiat in Deutschland geworden, als Schulze-Delbisch ihn in seinen Kinderfabeln — Parbon: Arbeiterfabeln verballhornt hatte, noch bekannter wurde er, als Vassalle das Original sowohl, als den Abklatsch desselben in seinem „Bastiat-Schulze“ an den Pranger stellte. — Und diesen oberflächlichsten aller Nationalökonomisten feiert der Finanzminister der französischen Republik als ein Phänomen auf dem Gebiete der Sozial-Wissenschaften. Armes Frankreich, das du dir, während man deine besten Söhne hegt und verfolgt, so etwas bieten lassen mußt! Arme Republik, welche von Reaktionsären regiert wird!

— „Honnette Republikaner“. In Lyon sprach neulich der „republikanische“ Deputirte Durand über die Amnestiefrage und sagte u. A.: „Ich wünsche die Amnestie; ich habe immer für sie gestimmt; ich bebe jedoch vor Besorgniß, diese Frage wieder vor der Kammer angeregt zu sehen. Voriges Jahr haben 52 Deputirte für die Amnestie gestimmt; vielleicht würden dieses Jahr zehn mehr dafür stimmen; aber dies würde immer noch zu keinem praktischen Resultate führen. Uebrigens ist nur noch eine geringe Anzahl von politischen Deportirten in Neukaledonien. Es ist hauptsächlich unsere Pflicht, uns um Jene zu bekümmern, die aus Furcht vor Verfolgungen nicht wagen, nach Frankreich zurückzukehren; für sie ist die Amnestie vor Allem notwendig. ... Im Ganzen wäre es der Mühe werth, um zehn Stimmen für die Amnestie zu gewinnen, die Frage in der Kammer wieder aufs Tapet zu bringen und vielleicht die Gefahr laufen, die Zahl der Begnadigungen zu vermindern.“ — Es ist unmöglich, die Jämmerlichkeit dieser „Republikaner“ drastischer zu kennzeichnen, als durch obige Worte. Der platonische Amnestie-Liebhaber, welcher die Amnestie „wünscht“, aber „vor Besorgniß bebt“, die Amnestiefrage in der Kammer angeregt zu sehen, ist ein klassischer Typus des Bourgeoisrepublikanerthums. Der Sophismus, hinter den er sich flüchtet, durch einen Amnestieantrag werde die Zahl der „Begnadigungen“ vermindert, ist ebenso plump als die Lüge, es sei nur noch eine geringe Anzahl von politischen Deportirten in Neukaledonien. Die „geringe Anzahl“ beläuft sich, wie wir aus sicherster Quelle wissen, auf 3400 — 3500! Freilich, die „Anzahl“ wird täglich „geringer“, und wenn die Herren honneten Republikaner noch ein paar Jährchen zuwarten, wird sie allerdings so „gering“ sein, daß ein Amnestieantrag in der That, weil gegenstandslos geworden, sich nicht mehr verlohnt. Psiu!

— Der große Strike in Lancashire dauert fort. Auf einem Massenmeeting zu Blackburn, dem Hauptstich des Strikes, wurde von den Arbeitern beschlossen, bei voller Wochenarbeit den vollen Lohn zu beanspruchen; dagegen bei nur viertägiger Arbeit in eine Lohnreduktion von 10 Proz., bei fünf tägiger Arbeit in eine Reduktion von 5 Proz. zu willigen. Da die Großfabrikanten einen Strike wollen, um ihre Borräthe loszuwerden, die kleinen Fabrikanten bankrott zu machen und die Arbeiter zu Paaren zu treiben, so ist vorläufig an ein Ende dieses, die bürgerliche Gesellschaftsordnung so grell beleuchtenden Konflikts nicht zu denken.

— Unserem Genossen Bebel war von Seiten der Liberalen der Vorwurf gemacht worden, daß er sich im Jahre 1869 bei den Verathungen der Gewerbeordnungs-Commission, deren Mitglied er war, nicht betheiliget habe. Kürzlich war anläßlich der Reichstagsdebatte über das Haftpflichtgesetz dieser Vorwurf von dem „Berliner Tageblatt“ erneut erhoben und von der „Berliner Freien Presse“ zurückgewiesen worden. Letztere erhielt nun nachstehendes Schreiben von Bebel zur Veröffentlichung: „Aberdings bin ich damals in die Gewerbeordnungs-Commission gewählt worden, habe auch an einer, möglich auch an zwei Sitzungen theilgenommen, war aber alsdann genöthigt, bringender Geschäfte halber nach Hause zu reisen, und als ich zurückkam, waren die Verathungen der Commission so weit vorgeschritten, daß ich es für zwecklos hielt, mich weiter zu betheiligen. Ich muß hierbei ausdrücklich bemerken, daß die Commission nur

war dabei nichts zu merken. Ja, überall hat sich sogar das Gegentheil gezeigt. Statt concentrisch auf die Hauptangriffspunkte vorzugehen, vertheilten die Russen ihre Kräfte und führten den Krieg mit Kosakenotnien „politisch“. Trozdem aber waren sie fast überall in der Mehrheit oder überraschten den nachlässigen Gegner, so daß die ebenfalls zerstreuten türkischen Abtheilungen immer tiefer ins Innere retirirten. Indeß dieses Retiriren des Gegners wurde für die Russen verberblich. Die einzelnen Abtheilungen der türkischen Armee concentrirten sich rückwärts und als das Obercommando in die Hände energischer Heerführer gelegt wurde, ergriffen die nunmehr concentrirten türkischen Armeen die Offensive — und brachten dem, wenngleich numerisch überlegenen, aber vertheilten und darum schwächeren Gegner in Europa wie in Asien die jämmerlichsten Niederlagen bei.

Die Folge dieser Niederlagen der russischen Aktionsarmee war eine zweifache. Erstens wurde dadurch dem eiteln, keinen Widerspruch ertragenden Hochmuth der commandirenden Großfürsten ein Dämpfer aufgesetzt, so daß nunmehr die faktischen Führer — die Generale — die Leitung in die Hände bekamen, und damit kam nun die taktische Kriegsführung an Stelle der früheren „großfürstlich politischen“ an die Tagesordnung. Zweitens bewirkte das Retiriren der russischen Armeetheile unwillkürlich eine Concentration derselben. Beide Gegner erwiesen sich in Folge dessen als gleich starke Ringer; keiner vermochte eine volle Entscheidung herbeizuführen — die Gegner hielten sich lange Zeit gegenseitig in Schach.

Diese Zeit benutzte die russische Regierung dazu, Verstärkungen heranzuziehen, welche ihr das Uebergewicht sichern konnten, und berief sie dazu aus oben angeführtem Grunde hauptsächlich die Garde. Und in der That, die Heranziehung der 70 — 80,000 Mann starken Garde bewirkte das Uebergewicht der russischen Armee, welche nunmehr, concentriert und unter sachkundiger Leitung eines Loris-Melikow, Gurko, Jemertinski Sobolew, dem Gegner bedeutende Niederlagen beibrachte.

Schon merkt man in Rußland die traurigen Folgen des Siegesrausches. Die liberalen Zeitungen, wie z. B. der „Golos“, die Petersburger „Biedomosti“, die „Nowoje Wremja“ u. c. c. vergessen wegen der „russischen Festung Karls“ die furchtbaren Wunden, an denen der russische Staats- und Volksorganismus blutet und welche durch neue Eroberungen nicht nur nicht ge-

einzelne Abschnitte, und zwar nicht die wichtigsten, zur Vorberathung überwiesen bekommen hatte, der Haupttheil wurde durch Verathung im Hause erledigt. An den Verhandlungen des Plenums nun habe ich, wie Bracke ganz richtig im Reichstag hervorgehoben hat, sowohl an der General- wie an der Spezialdebatte mich lebhaft betheiliget — wenn ich nicht irre, ergriff ich in jener Session 17 Mal das Wort, die stenographischen Berichte stehen mir augenblicklich nicht zur Verfügung — und stellte auch eine Reihe von Anträgen, und zwar insofern nicht ohne Erfolg, als mein Antrag, die Arbeitsbücher zu beseitigen, Annahme fand, also eine Materie durch meine Veranlassung beseitigt wurde, die man gegenwärtig von gewisser Seite gern wieder in die Gewerbeordnung hineindringen möchte. — Dies der Sachverhalt.

Leipzig, Bezirksgerichts-Gefängniß, 17. April 1878.

Mit Gruß A. Bebel.

— Der Redakteur des „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“, Genosse Weber, wurde von dem Schwurgericht von Mittelfranken wegen Beleidigung des Bürgermeisters von Nürnberg, der sich bekanntlich Stromer benamset, zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Gegen dieses Urtheil hatte Weber Berufung an den obersten bayerischen Gerichtshof angemeldet, dieser aber verworfen nicht nur die Berufung, sondern verurtheilte Weber außerdem noch zu einer sogenannten „Fridolitätsstrafe“ von 15 Tagen Gefängniß. Weber hätte sich also nach dem obersten bayerischen Gerichtshof mit den 6 Monaten für eine einfache Beleidigung zufriedene geben sollen. Wozu ein solcher Gerichtshof dann aber überhaupt noch existirt, wenn es frivool ist, dessen Spruch anzurufen, das ist für den gesunden Menschenverstand unerfindlich.

— Praktisch. Die „Berliner Freie Presse“ ersucht die Parteigenossen, nur bei denjenigen Gastwirthen zu verkehren, welche den Sozialisten ihre Lokale zu Versammlungen und Besprechungen zur Verfügung stellen. Nur dadurch wird es möglich werden, die Beeinflussungen, denen die Lokalinhaber von gewisser Seite her ausgesetzt sind, zu paralysiren. Wir entschädigen durch eine solche Taktik diejenigen, welche uns, ohne Parteigenossen zu sein, ihre Lokale zu den erwähnten Zwecken überlassen, während wir andererseits diejenigen Wirthe, welche jenen Beeinflussungen willig Gehör schenken, ganz empfindlich bestrafen.

Vassalle's Briefe an Robbertus.

Von E. A. Sch.

Den älteren Parteigenossen ist der Name Robbertus wohl bekannt. Das Central-Comité zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Congresses in Leipzig hatte sich zu Anfang des Jahres 1863 an Vassalle und später auch an Robbertus gewandt, um von diesen beiden hervorragenden Gelehrten Rath und Auskunft über die vorzunehmenden Schritte zu erhalten. Vassalle gab als Antwort sein „Offenes Antwortschreiben“, Robbertus erwiderte in einem seiner Zeit auch veröffentlichten Briefe, in welchem er besonders die Wichtigkeit des Lohngesetzes anerkannte.

Jetzt haben die Erben von Robbertus beschlossen, den literarischen Nachlaß desselben zu veröffentlichen; Professor Adolph Wagner hier in Berlin und der Mecklenburgische Domänen-Pächter Schumacher in Jarchzin sind mit der Ordnung und Herausgabe dieses Nachlasses betraut worden.

Das erste, in diesen Tagen erschienene Heft enthält 19 Briefe Vassalle's an Robbertus, mit einer Einleitung zu denselben, die Herr Professor Wagner geschrieben hat und in welche verschiedene von Robbertus dazu gemachte Bemerkungen eingeflochten sind.

Die Ansichten und Meinungen so hervorragender Männer sind von hohem Interesse für die gesamte Wissenschaft. Vängst liegt ja schon die Zeit hinter uns, in welcher der vom wirtschaftlichen Liberalismus zum „König im sozialen Reiche“ erklärte Herr Schulze aus Delitzsch Vassalle einen Galbweiser nennen durfte; wer sich heute unterfangen wollte, einen gleichen Anspruch zu thun, würde unter dem Hohngelächter des deutschen Volkes für unzurechnungsfähig erklärt werden. Wohl erkennt man jetzt die Bedeutung Vassalle's überall an, aber man möchte dem verhassten Agitator, der die Arbeiter über ihre Interessen aufzuklären unternommen hat, doch gar zu gern noch irgend etwas am Zeuge fliden; dazu bietet den wahrheitsliebenden liberalen Zeitungsschreibern nun eine Notiz von Robbertus über Vassalle eine erwünschte Gelegenheit.

lindert, sondern sogar noch mehr verschlimmert worden. Die Organe des „Liberalismus“ wimmeln von allerunterthänigsten, allerunwürdigsten Spieckelkredereien für den „großen weisen Czaren und Bestreiter“ und seine „ruhmvollen Helden“. Die Regierung, welche erst vor einigen Monaten revolutionäre Erhebungen fürchtete und welche, von tödtlicher Angst wegen der Plebiscit-Niederlagen erfüllt, sogar schon von „Constitution“ sprach — dieselbe Regierung scheut sich jetzt nicht, das Gesez, nach welchem alle Gerichtsverhandlungen öffentlich sein müssen, zu verletzen, wie sie es in dem letzten großen politischen Project gethan.

Wohl werden die Siege der kaiserlichen Armee nicht im Stande sein, die natürliche, historische Entwicklung des russischen Volkes zu ersticken; die Entwicklung derselben ist schon zu weit vorgeschritten, als daß sie von der Soldatengewalt vollends niedergehalten werden könnte. Aber eins wird der „siegreichen“ russischen Reaction gelingen können, und das ist — die Verfälschung der freirechtlichen Entwicklung. Mögen die Siege der kaiserlichen Armee noch so „ruhmvoll“ sein, die Einführung eines constitutionellen Zustandes in Rußland ist früher oder später unvermeidlich. Aber in was für Gestalt? Das können wir aus der früheren „Kulturthätigkeit“ derselben russischen Regierung ersehen. Troz der „ruhmvollen“ Siege der kaiserlichen Armee von 1863 war die Regierung außer Stande, die freirechtliche Bewegung des russischen Volkes zu ersticken. Die Reaction mußte dieser letztern nachgeben. Finnland erhielt eine „Constitution“, das russische Volk im Ganzen bekam mehrere „constitutionelle Concessionen“ — die theilweise Aufhebung der Censur, das reorganisirte Gerichtswesen mit — „Oeffentlichkeit“, eine „freirechtliche“ Städteordnung u. c. Aber was für jämmerliche Karrikaturbilder sind das! Nun, von der finnländischen „Constitution“ kann sich Jedermann ein Bild machen, wenn er bedenkt, daß sie — noch keine Veranlassung zum Einschreiten gegeben hat. Die russische „Freiheit“ wird genügend durch die massenhaften „Preßverbrechen“ charakterisirt. Die „demagogischen“ Prozesse geben ein klares Bild von der „Unabhängigkeit“ der Richter und der „Oeffentlichkeit“ der Gerichtsverhandlungen, zu welchen nicht einmal die Zeitungsjournalisten Zutritt haben. Und was endlich die „freirechtliche“ Städteordnung betrifft, so braucht man sich bloß an die Affaire Brodski zu erinnern, um diese „Freiheit“ als Lüge zu erkennen.

Robbertus spricht von „einem esoterischen und einem exoterischen Lassalle“, also von einem Lassalle, wie er sich den Eingeweihten und von einem Lassalle, wie er sich den Nichteingeweihten gezeigt habe. Flugs ist nun der Liberalismus bei der Hand mit der hässlichen Bemerkung, selbst Robbertus gebe zu, daß Lassalle nicht wahr gegen die Arbeiter, daß er ein zweideutiger Charakter gewesen sei u. dgl.

Dieser Fälschung gegenüber seien hier die Worte abgedruckt, welche Robbertus niedergeschrieben hat:

„Es gab — ohne daß dadurch der geringste Katel auf Lassalle's Charakter geworfen werden soll — einen esoterischen und einen exoterischen Lassalle. Auch müssen, behaupte ich, praktische Weltfragen, wie die sozialen, immer zugleich esoterisch und exoterisch behandelt werden. Nur das dürftige Licht, das der Liberalismus auf Staatsmaximen dieser Art ausgestrahlt hat, hat diesen Satz anzufechten vermocht.“

Hier erkennt also Robbertus unbedingt an, daß es bei der damaligen Sachlage, wie wohl bei allen großen Bewegungen, geboten war, die innerste, wissenschaftliche Begründung der vorliegenden Frage von der äußeren Agitation zu trennen. Für Robbertus, dem jede nach außen gerichtete Agitation un bequem war, lag es nahe, die rein wissenschaftliche Seite der sozialen Frage in den Vordergrund zu drängen und die einmal ohne sein Zutun in Fluß kommende Bewegung von der Politik fern zu halten. Ihm gegenüber hat Lassalle zwar das wissenschaftliche Moment auch ganz besonders hervorgehoben, aber ausdrücklich und nachdrücklich die Ansicht verfochten, daß die Bewegung eine politische sei und sein müsse.

„Ohne das allgemeine Wahlrecht, also ohne praktische Handhabung, unsere Forderungen zu verwirklichen — schreibt er am 30. April 1863 — können wir sein eine philosophische Schule oder auch eine religiöse Sekte, aber niemals eine politische Partei. Darum scheint mir, daß das allgemeine Wahlrecht so zu unseren Forderungen gehört, wie der Stiel zu der Axt.“

Man hat, wie gesagt, schon den Vorwurf erhoben, aus diesen Briefen gehe deutlich hervor, daß Lassalle seine eigentlichen Ziele und Zwecke vor den Arbeitern geheim gehalten habe. Der Vorwurf ist um so lächerlicher, als er gerade von der Seite kommt, welche heutzutage laut darüber jammert, daß die Arbeiter nicht mehr an den ursprünglichen einfachen Forderungen Lassalle's festhalten. Die Bewegung ist ja, was anerkannt werden muß, längst über diese Forderungen hinausgegangen; sie ist bis zu der Erkenntnis gediehen, daß nur im Communismus Heil und Rettung für die arbeitenden Klassen und gerade deshalb auch für die ganze Gesellschaft zu finden sei. Aber damit hat die soziale Partei durchaus nicht etwa den von Lassalle eingeschlagenen Weg verlassen, sie ist ihn nur ruhig weitergegangen. Wohin dieser Weg führte, daß er zum Communismus führen mußte, wußte Lassalle klar und hat es auch seiner Zeit mehrfach angedeutet.

Der Lassalle's große Werk: „System der erworbenen Rechte“, kennt, hat darin die Grundanschauungen des Communismus wissenschaftlich begründet gefunden. Und daß Lassalle diese Anschauung mit Robbertus theilte, geht aus den Schriften des Letzteren zur Genüge hervor, wird aber auch durch folgende Stelle aus dem Nachlaß besonders bewiesen:

„Unsere rechts- und geschichtsphilosophische Auffassung stimmte namentlich darin überein, daß wir die Reihe der in der Geschichte aufeinander folgenden Staatenordnung oder derjenigen Staatenart dieser Ordnung, die man den constitutionellen oder Repräsentativstaat nennt, für abgeschlossen hielten. Wir waren beide davon überzeugt, daß vor einer idealeren und schärferen Rechtsphilosophie, als heute die Tagesmeinungen beherrscht, dem Grund- und Kapitaleigenthum wesentliche Mängel anhaften, daß es ein gereinigteres Eigenthum gäbe, bei welchem die einem Jeden zustehende Eigenthumsportion in gerechterem Verhältniß zu dem persönlichen Verdienste des Individuums um die Gesellschaft stehe; daß eine solche Art Eigenthumsinstitution nur zu realisiren sei, wenn es nur ein Einkommenseigenthum gäbe.“

Es ist jedem Kenner der Lassalle'schen Schriften klar, daß dies das Ziel war, auf welches die Bewegung naturgemäß hin auslaufen mußte. Lassalle schreibt darüber am 28. April 1863:

„Daß Grund- und Kapitaleigenthum abzuschaffen sind, das ist eben, seitdem ich ökonomisch denke, der innerste Kern meiner Ansicht! Sie haben sie ja auch schon am Ende Ihres dritten sozialen Briefes ausgesprochen. Und gerade deshalb war ich seit je Ihnen so warm ergeben. Freilich darf man das dem Rob heute noch nicht sagen, und deshalb habe ich das in meiner Brochüre sehr vermieden. Ich glaube aber, daß wenn wir den Staatscredit für die Association haben, dies eben der kleine

Ebenso würde es mit der russischen „Verfassung“ aussehen, mit welcher die „liberale“ Regierung das Volk „freiwillig“ beglücken wird. Dafür sprechen auch schon die wahrscheinlich offiziell inspirirten diesbezüglichen Gerüchte, wie überhaupt die Handlungsweise der „liberalen“ Regierung. Diese „Verfassung“, mit deren Ausarbeitung die Herren Gortschakow und Tomini sich gegenwärtig beschäftigen sollen, werde das aristokratische Element zur Basis haben.

Die russische Regierung sieht schon ein, daß das gegenwärtige System unhaltbar geworden, ist aber, wie alle Regierungen, natürlicherweise nicht geneigt, dem „Volke“ Concessionen zu machen. Sie ist daher bestrebt, ein offizielles Pfaffensthum zu machen. Sie ist daher bestrebt, ein offizielles Pfaffensthum und Krantjunkerthum zu schaffen, welche Klassen ihre Stütze bilden sollen. Die gegenwärtige russische Regierung sieht die beiden „politischen Fehler“ Fedor's III. und Peter's I. ein, und ist nun bestrebt, dieselben wieder gut zu machen. Fedor III. vernichtete bekanntlich den Adel — das Bojarenthum — als Klasse, indem er die Geschlechtsregister desselben verbrennen ließ. Peter der Große vernichtete die Geistlichkeit, die bis dahin als unabhängige Macht aufgetreten war, indem er die Patriarchenwürde aufhob und die sogenannte „Heilige Synode“ gründete, der die Hauptverwaltung der kirchlichen Angelegenheiten des Staates obliegt und die unter der unmittelbaren absolut-souveränen Aufsicht des Kaisers steht. Die gegenwärtige „liberale“ Regierung will nun, wie gesagt, diese beiden „politischen Fehler“ — natürlich nur zum Theil — wieder gut machen, um die beiden Stände für sich zu gewinnen. Dafür nur zwei Beispiele. Erstes: der Oberprocurator der „heiligen Synode“, Graf Tolstoj, ist mit dem Unterrichtsministerium betraut. Zweites: in einem Ukas vom Jahre 1872, die Schulreform betreffend, berief der Kaiser seinen „treuen Adel“ collectiv zur Ueberwachung der Volksschulen, damit nicht das „Gift der Demagogie“ auch dahin Eingang finde...

Wir sehen also, weß Geistes Kinder die Herren von der russischen Regierung sind. Und dieser gekennzeichnete reaktionäre Charakter wird durch die Siege der kaiserlichen Armee, in welcher schon der erste Offizier den Adel mit sich bringt, ungemein gekräftigt, da das „Vaterland“ — wie es heißen würde — durch den „Segen“ der Geistlichkeit und durch das „Genie“ des Adels gerettet worden sei.

Und dem jauchzt das „liberale“ Preßsophantenthum zu!

Finger ist, der, mit der Consequenz des sich selbst entwickelnden Lebens, allmählig, freilich erst in hundert bis zweihundert Jahren, dazu führen muß.“

Daß darf man jetzt dem Rob noch nicht sagen. Ja wohl; hätte Lassalle das damals dem Rob gesagt, sie hätten ihn vergriffen oder in Stücke gerissen. — Wer die damaligen Auftritte mit durchlebt hat, wer sich erinnert, welche namenlose Wuth damals in den fortschrittlichen Kreisen gegen Lassalle herrschte, — und die weitaus überwiegende Majorität der Arbeiter folgte ja damals noch blind dem Banner der Fortschrittspartei — der wird den heft- und weitsehenden Geist Lassalle's bewundern, der zur Erreichung des in weiter Ferne schwebenden Zieles den Arbeitern eine Etappe als Ziel hinsetzte, welche zu erreichen nach dem damaligen Verständnis möglich und begehrenswerth erschien (Schluß folgt.)

Aus Italien.

(Fortsetzung aus Nr. 42.)

Neapel, 19. April.

Die Wohnungsverhältnisse der süditalienischen Bauern betrachtend, fällt zunächst eine stark ausgeprägte Concentration der Bevölkerung auf. Der Censur von 1871 schätzt die Stadtbevölkerung Italiens auf 31,30 und die Landbevölkerung auf 68,70 Prozent, und zwar werden hierbei alle Bewohner von Ortschaften bis 6000 Seelen als Landbevölkerung gerechnet. Häufig wie wohnen die kleinen Bauern und Tagelöhner auf dem Lande, sondern immer zusammen in kleineren oder größeren Flecken und Städten. Dieser Umstand ist äußerst hemmend und hinderlich, denn beide, Pächter sowohl wie Landarbeiter, verlieren viel Zeit durch das sich regelmäßig wiederholende Gehen und Kommen von und nach Hause. Diesem Zeitverluste vorzubeugen, entschließen sich die Landarbeiter häufig, des Montags auszugehen, um erst am Samstag Abend zurückzukehren. Während der Abwesenheit von der Familie leben sie entweder unter freiem Himmel, oder allenfalls in nothdürftigen Hütten; doch wie sie auch immer die Wochentage zubringen, Eines ist gewiß und unausbleiblich: der Mann verläßt seine Familie nach und nach ganz entfremdet und seine Lebensweise muß einen ganz und gar demoralisirenden Einfluß auf ihn ausüben.

Doch nicht allein der Ausfall an Arbeitszeit und in Folge dessen an Lohn ist es, was die Concentration der Landbevölkerung an materiellen Nachtheilen mit sich bringt. So z. B. wäre es dem auf dem Lande wohnenden Bauer leichter, ein oder einige Stück Vieh zu halten und daraus sich und seiner Familie einen Erwerb zu schaffen. Dem in einer Stadt oder einem Städtchen lebenden Landarbeiter ist das fast unmöglich; Mangel an Raum, Futter u. dgl. halten ihn davon ab.

Wo Hausthiere gehalten werden, da ist ein Schwein in den meisten Fällen der ganze Viehstand, und theilen Schwein und Menschen gewöhnlich eine und dieselbe Behausung. Die meisten Häuser, wenn dieses Wort hier zu gebrauchen erlaubt ist, haben als einzige Oeffnung nur die Thür, selten noch ein als Fenster dienendes Loch in der Mauer.

Glücklich ist der Pächter, der im Besitze eines Pfluges und der nöthigen Zugthiere ist! Nur wenige sind in solcher Lage, die meisten sind gezwungen, um ihr Ackerland bestellen zu können, Pflug und Thiere bei den Grundbesitzern zu leihen; der hierfür gewöhnlich gezahlte Preis ist je nach den Zeitumständen Lire 4,50—8,50 pro Tag. An Steuern zahlt der Bauer in sehr vielen Gegenden bis 8 Lire für ein Maulthier und 5 Lire für einen Esel, während der Großgrundbesitzer für Hunderte von Kühen und Ochsen nichts oder fast nichts an Abgaben zahlt. Und das Alles ist die Folge der Gerechtigkeit, welche die Herren als Leiter der Commune auszuüben sich bestreben!

Die Abgaben für Zugvieh, an dessen Bestand die materiell gedrückte Bevölkerung am meisten partizipirt, betragen im Jahre 1874 in Sicilien 589,557 Lire, während die für das übrige Vieh, als Kühe, Ochsen, Schafe u. dgl., nur 148,493 Lire betragen.

Eine Eigenthümlichkeit Süditaliens sind die „monti frumentari“. Es sind dies unter der Verwaltung der Communen stehende Getreidevorräthe, dazu bestimmt, dem armen und ärmeren Bauer Productenvorräthe, besonders zur Saatzeit, zu machen. Doch weit entfernt, diesem Zwecke zu genügen, sind sie nichts mehr und nichts weniger als ein Mittel in der Hand der Verwalter selbst, auf die einfachste Weise viel Geld zu verdienen. Der Weg zu diesem Ziel ist ebenso einfach wie betrügerisch. Die Herren Verwalter nämlich sind so schlau, sich selbst die — existirenden Getreidevorräthe zu leihen, und sie demnach als Privatvorräth dem Bauer gegen landesübliche Zinsen von 25 Prozent für einige Monate vorzustrecken. Es ist das eine allgemein bekannte Thatsache, von der jeder Bauer zu erzählen weiß; er weiß es und schweigt, weil er weiß, daß er den Galantomini gegenüber ohnmächtig ist. Eine schöne Illustration zur Heiligkeit des Eigenthums im kapitalistischen Staate!

Unter den Pächtern stehen die Lohnarbeiter, deren Zahl sich nach dem Censur von 1871 auf 3,280,391 beläuft, von den 12,496,706 der Gesamtzahl der beim Ackerbau, Industrie und Handel beschäftigten Personen, d. h. mehr als ein Viertel dieser Zahl sind Landtagelöhner.

Die Zahl der Kinder beiderlei Geschlechts, die beim Ackerbau beschäftigt waren, belief sich (immer im Jahre 1871) auf 1,308,832, d. h. 15 Prozent, die der Frauen auf 2,528,553, d. h. auf 29 Prozent, die der Männer auf 4,863,002, d. h. auf 56 Prozent von den 8,700,387, die sich direct mit dem Ackerbau beschäftigten. In den mit dem Ackerbau zusammenhängenden Gewerben arbeiteten weitere 5,708,508 Personen, von diesen waren 2,334,449 Frauen.

Speziell in den neapolitanischen und sizilianischen Provinzen beschäftigten sich mit dem Ackerbau im Jahre 1871 2,831,001 Personen. Hierzu stellten die Frauen in den neapolitanischen Provinzen ein Contingent von 52,9 Prozent, in Sicilien dagegen von nur 19 Prozent. Dieser auffallende Unterschied erklärt sich aus der sozialen Stellung der sizilianischen Frau einerseits und andererseits aus der hier mehr als irgendwo stark ausgeprägten Concentration der Landbevölkerung, die schon allein eine regelmäßige Frauenarbeit unmöglich macht, denn Mann und Frau können Haus und Kinder und das allenfalls noch vorhandene Vieh nicht die ganze Woche verlassen.

Von obigen 2,831,001 im Ackerbau Süditaliens und Siciliens beschäftigten Personen sind 1,503,995 Tagelöhner, d. h. mehr als die Hälfte. Der Lohn dieser Letzteren wechselt nach den verschiedenen Jahreszeiten und auch, aber weniger, nach den verschiedenen Gegenden. Es ist klar, daß zur Erntezeit, wenn es sich darum handelt, in wenigen Tagen die Feldfrüchte unter Dach zu bringen, sich die Nachfrage nach Arbeitern bedeutend steigert und so auch die Löhne sich vorteilhafter stellen. Doch selbst in solchen Augenblicken überschreiten die Tagelöhne selten 2,50—3,50 Lire. Der allgemein in normalen Zeiten übliche Lohn beträgt dagegen von 85 Centimen bis 1,70, von dem noch

häufig ein Theil, oft sogar der größte Theil in Naturalien ausbezahlt wird.

Dazu rechne man, daß der Lohnarbeiter 100—120 Tage des Jahres, der Sonn- und Feiertage und ungünstiger Witterung halber, ohne Arbeit ist, und man mache sich ein Bild von solchem Dasein. Man nehme nur an, der Mann verdiene 1,50 Lire pro Tag, macht für höchstens 260 Arbeitstage 390 Lire. Auch die Frau soll 100 Lire verdienen, was besonders in Sicilien gar durchaus nicht der Fall ist, macht für eine Familie von 4 Personen 490 Lire. Der Landarbeiter zahlt für Hausmiete durchschnittlich 30 Lire — bleiben 460 Lire für alle übrigen Lebensbedürfnisse, macht à Person 115 Lire pro Jahr oder 32 Centimes pro Tag. Wie man damit auch nur den einfachsten Lebensbedürfnissen entsprechend existiren kann, das sollten die Herren Großgrundbesitzer den Landarbeitern einmal vormachen. (Schluß folgt.)

Correspondenzen.

Petersburg, 21. April.

Wenn man glaubt, in Rußland sei nur die Regierung auf dem Gebiete des Sandinbicaugenstrenens tüchtig, so ist man nicht nur über die hiesigen Zustände schlecht unterrichtet, sondern man thut auch dadurch den Institutionen der russischen Bourgeois-Wirtschaft schweres Unrecht. Aus Folgendem sollen alle Unkundigen eines Bessern belehrt werden. In Folge des „heiligen Krieges“... (was ist das für ein ironisches Hohelächeln?... Nun ja, zur Befreiung der Slaven auf der Balkan-Halbinsel werden bekanntlich die Waggon der russischen Eisenbahnen nicht mehr zur Beförderung von Getreide u. dgl. verwendet, sondern zu einem viel höhern Zwecke, nämlich zur Ausfuhr mordsunfähiger Krüppel jeglicher Art und Einfuhr neuer Krüppelkandidaten resp. Wörder und zukünftiger Weichen. Demzufolge sankt seit 6—8 Monaten auf den Eisenbahnen: Liban-Komny, Drel-Witebsk, Kursk-Charlow-Kow, Charlow-Nisolasjew, Jaltow, Kiew-Brest u. dgl. so viel Getreide, wie vielleicht ganz Holland in einem Jahre nicht consumirt. Auf den Stationen: Romny, Spola, Bobrinskaja, Belaja-Zerkow, Rajatin, Werdyczew, Popeluja — auf diesen Stationen allein lagern mindestens je 1000 bis 2000 und noch mehr Waggon (à 200 Ctr.) und das größtentheils unter'm freien Himmel, der Willkür der rücksichtslosen Natur preisgegeben. Nun sind aus verschiedenen Gegenden Rußlands in die betreffenden Stellen seitens der Kaufleute — welche, nebenbei bemerkt, auf ihren Vortheil mehr bedacht sind, als die hungernden Bauern auf ihren Wagen — über diese haarsträubenden Zustände bittere Klagen eingelaufen. Diese wurden bei einer neulich in Petersburg abgehaltenen Eisenbahn-Conferenz zur Sprache gebracht und von Seiten der Eisenbahn-Vorsteher — nun, was meinen Sie? — einfach hinweggeleugnet! In einem am 26. März a. e. vom Vorsteheramt der Königsberger Kaufmannschaft erlassenen Circular heißt es nämlich:

„Es ist in letzter Zeit vielfach Klage geführt worden, daß große Quantitäten für Deutschland und namentlich für Königsberg bestimmter Güter in Rußland auf den Eisenbahnstationen liegen geblieben sind, zum Theil noch dort liegen und dem Verderben anheimgeführt werden. Auf einer neuerdings in Petersburg stattgehabten Eisenbahn-Conferenz ist dies aber seitens der russischen Bahnverwaltungen durchaus bestritten.“

wovon sich Ungläubige auf dem genannten Vorsteheramt überzeugen können. So strunt man den Unzufriedenen Sand in die Augen; so regiert der Geldsack die Welt; so wirtschaften Bourgeois und Selbstherrscher! Die Einen hungern, weil die Anderen ermordet werden müssen, und selbst die Stimmen der Ausbeuter bleiben wegen der größeren Ausbeuter unbeachtet. Das Uebel aber wird, nach dem System der preussisch-deutschen Rückschrittler — todtegeleugnet. Und die Sozialisten sind „unsinnige Schwärmer“.

Ein russischer „treuer“ Unterthan.

Bremen, den 15. April. Von hier aus werden, so schreibt die „Bremer Freie Presse“, vielfach Mädchen durch einen hiesigen Stellenvermittler nach England geschickt, denen dort angelich Stellen besorgt sind. Einer unserer Mitbürger, dessen Tochter jüngst ebenfalls ein Engagement in England angenommen hat, erhielt kürzlich von derselben einen Brief, in welchem über die Art und Weise dieser Stellenvermittlung Behauptungen gemacht werden, welche, wenn sie sich als wahr bestätigen, ein entschiedenes Einschreiten der Polizei gegen den betreffenden Gewerbetreibenden dringend herausfordern. Nach jenen Schilderungen sind die verführten Mädchen die Opfer einer unerhörten Prolerei, und fallen schließlich in Folge derselben häufig genug einer Erwerbsart anheim, vor welcher die Eltern und die Mädchen selbst zu schauern allen Grund haben. Der betreffende Brief behauptet, daß in allen oder doch in vielen Fällen die versprochene Stellung nicht beschafft ist, und daß die Mädchen, wenn sie in England anlangen, einem anderen Stellenvermittler überantwortet sind, der sich von ihnen im Voraus noch einmal eine Gebühr von 15 Mk. auszahlen läßt, wofür er sich vorgeblich um Beschaffung eines Engagements bemüht. Unterdeß werden die hilf- und rathlosen Mädchen in Kosthäuser gewiesen, in denen ihnen möglichst rasch alle Habe für Kostgeld abgenommen wird, und dann, wenn eine Stellung sich nicht gefunden, und wenn daheim nicht Eltern leben, welche in der letzten Noth zu helfen im Stande sind, dann — — — Die Listen der Londoner Prostituirten weisen viele deutsche Namen auf.

Aus Mecklenburg, 23. April. Es geht nichts über unser schönes Mecklenburg, in welchem der Hofesstod noch hoch in Ehren steht, wo es noch Jagdprämien für Bettler und Handwerksburschen giebt und wo die Diener der Gerechtigkeit den Säbel so zu führen wissen, wie es eben Schülern aus Rottke's Pensionat für höhere Bildung zukommt. So hat vor nicht zu langer Zeit ein Kröpelinener Gendarm mit einem Säbelhieb einem Handwerksburschen das Gehirn bloßgelegt; ein anderer hat in Dargum zwei betrunkenen Handwerksburschen so traktirt, daß sie im Gesäugnis ärztlich behandelt werden mußten. Der Eine von diesen Weiden, der betrunken am Boden lag und sich nicht vertheidigen konnte, hatte einen Stich durch die ein- Arm-muskel. Arbeiter, durch die Noth gezwungen, Sonntags ihr Vieh zu bestellen, werden bestraft, während Fulel- und Bierbrauerieen ungestört die „Sabbathfeier“ feiern dürfen. Polnische Arbeiter und Ruchthausinsassen werden mit Arbeit versorgt, die mecklenburgischen Arbeiter aber können hungern und darben, eventuell auswandern. Ein schönes Bild aus dem geeigneten Mecklenburg! — Daß bei solchen Zuständen die sozialdemokratische Partei nicht noch größere Fortschritte macht, als es der Fall ist, liegt daran, daß uns die Agitation in den kleinen Städten und auf dem Lande ungemein erschwert ist. In den kleinen Städten ist es in vielen Fällen unmöglich, ein Local zur Abhaltung von Versammlungen zu bekommen; das „liberale“ Geschmeiß predigt eben Gewalt gegen unsere Idee und droht den Wirthen mit Entziehung der Kundschaft. Die liberalen Zeitungen heißen ganz offen die Maßregelungen der Sozialdemokraten gut, stellen sie

Jogar als eine Pflicht hin. Ein obstrues Blatt, das „Medlenburgische Tagesblatt“, geht darin mit gutem Beispiel voran. Trotzdem es nämlich das Civilstandsgesetz höchlichst preist und den Arbeitern weismachen will, durch dasselbe sei volle Religionsfreiheit gewährleistet, maßregelte es doch selbst einen Arbeiter, der sein Kind nicht taufen lassen wollte. Das ist echt „liberal“. Nun, dieses Blatt wird von allen Denkenden, welcher politischen Richtung sie auch angehören mögen, als enfant terrible betrachtet und demgemäß behandelt. Der Redakteur, ein kleines, dickes Kerlchen, wurde bei den letzten Reichstagswahlen, wo er den Reifeapostel spielte, überall ausgelacht. — Der „Medlenburgische Arbeiterfreund“ findet jetzt nicht nur in Medlenburg, sondern auch in Pommern Verbreitung. Die Stettiner Parteigenossen haben ihn als ihr Organ anerkannt und agitieren eifrig für ihn, was um so erfreulicher ist, als dadurch endlich die unliebsamen Zwischigkeiten einen Abschluß finden. Die Zeit scheint nicht mehr ferne, in welcher die Partei in Pommern ebenso stark wieder erhebt, wie früher. Die Genossen Medlenburgs und Pommerns fordere ich auf, thätig für die weiteste Verbreitung des „Arbeiterfreundes“ einzustehen; keine Gelegenheit darf vorübergehen, bei welcher nicht neue Abonnenten gewonnen werden; man suche besonders Feiler unter den Gegnern zu gewinnen! Diese Art Agitation kann Jeder betreiben, dazu hat Jeder Talent, und Jeder kann dadurch der Partei, der Arbeiterfrage die wichtigsten Dienste leisten! Rufen wir uns bereits jetzt zu den nächsten Reichstagswahlen. Und gerüstet sind wir nur, wenn unsere Presse in die Arbeiterkreise voll und ganz gedrungen ist. Besonders die Parteigenossen Medlenburgs mögen sich das angelegen sein lassen, mögen sie bedenken, daß es lächerlich wäre, wenn unsere Candidaten nicht mehr Stimmen auf sich vereinigen, als bei der letzten Wahl. Die Parteigenossen können den Arbeitern, den noch nicht Ueberzeugten, beweisen, daß die Zustände in Medlenburg ebenso nichtswürdig und verdammenswerth sind, wie in anderen Theilen Deutschlands, wo die Sozialdemokratie ganz andere Erfolge aufzuweisen hat, als bei uns. Genossen, das ist eure Pflicht, wenn ihr wirklich Genossen sein wollt. Wer nicht für uns, so viel er kann, wirkt, der ist gegen uns, der ist kein Genosse! Der wahre Sozialdemokrat muß die deutsche Schlafmütze gründlich verachten. W.....l.

Leipzig, 19. April. Die „Leipziger Volkszeitung“, welche in der denkbaren peribestenen Weise den Genossen Liebknecht verunglimpfte, weil er die unverkündete Proklamation des Abgeordneten Richter im Reichstag gebührend und manneswürdig beantwortete, benützt jetzt, dem genannten fortschrittlichen Vorbild folgend, jede Gelegenheit, um sich an den Sozialdemokraten zu reiben. Zwerchschleierhütternd ist es, wenn man sieht, wie sich die „Volkszeitung“ in die Toga der „fittlichen Entrüstung“ hüllt und mit einer wahren Beserkwuth über die Sozialdemokraten herfällt. Der im „Vorwärts“ enthaltene Bericht über die letzte, in der „Tonhalle“ abgehaltene Volksversammlung brachte die edlen Volkszeitungsritter ganz aus dem Häuschen. Unverfroren, wie die Herren sind, behaupten sie, der Bericht wäre gefälscht und Hafencleber hätte nicht von der Erbärmlichkeit der Fortschrittspartei gesprochen. Nun: „Man kennt das Lied, man kennt den Text, man kennt auch den Herrn Verfasser“ und es ist begreiflich, daß derselbe etwas, was er nicht hören wollte, nicht hörte. Doch dies ist Nebenache und kann man es getrost den Gelehrten der „Volkszeitung“ überlassen, sich darüber nach Belieben zu Tode zu ärgern. Wir Sozialdemokraten wissen recht gut, daß gerade die Fortschrittspartei die verachtungswürdigste Partei, und weil sie unter dem Scheine der Freisinnigkeit volksfeindlich handelt, eine reaktionäre Partei ist. Die Nationalliberalen, Conservativen und Schwarzen geben sich offen als Volksfeinde zu erkennen, die Fortschrittspartei und ihre Leithammel hängen das freibeitlich schillernde Mäntelchen um, halten wässrige mit vielen freibeitlich angehauchten Schlagworten gepickte Reden, sind bemüht das Volk an der Nase herumzuführen und stehen, wenn es gilt, ein Volksrecht gegen die Regierung zu verteidigen, auf Seiten der Letzteren. Die Fortschrittler sind einfach Pharisäer und als solche verachtungswerther als selbst die enragirtesten Nationalliberalen oder Schwarzen. Die erwähnte Notiz der „Volkszeitung“ wirkt aber auch erpöckend, weil der Schreiber derselben den Redakteur Ludwig Werner als Anarchisten bezeichnet und ihm eine Rede in den Mund legt, die derselbe nicht gehalten hat. Am allerpächtigsten aber ist es, daß dieses edle Blatt, welches kein Wort des Tadels — doch das wäre zu viel verlangt — überhaupt kein wahres Wort über die perfide Proklamation, die sich Richter im Reichstag erlaubte, brachte, dem „Vorwärts“ vorwirft, daß er vertuschle und die Opposition todtschweige. Allerdings trat in der erwähnten Versammlung ein „Anarchist“ Werner auf, welcher das unverständlichste und verrätheste Zeug schwätzte und von der Versammlung gebührend ausgelacht wurde. Daß in dem Berichte des „Vorwärts“ von dieser „Opposition“ keine Erwähnung gethan wurde, hat seinen Grund darin, weil der Raum dieses Blattes zu kostbar ist, um mit solchem Quatsch vollgefüllt zu werden. Der Berichterstatter fühlte aber auch ein menschlich Rähren und nahm an, daß die so grimmige „Oppositionsrede“ nur einer vollständigen Anarchie, die im Denkapparat des betreffenden Opponenten herrschen muß, ihr Entstehen verdanken könne; er hielt es einfach für unmöglich, daß ein mit einem normalen Denkvermögen ausgestatteter Mensch einen so heillosen Gallimathias von sich geben könne. Wenn die „Volkszeitung“ auf die absichtlich und aus oben angeführten Gründen unterlassene Erwähnung des Oppositionsgefahls einen so großen Werth legt, so beweist sie dadurch, daß sie keine Ahnung von der Bedeutungslosigkeit der sogenannten Anarchisten hat. W.....l.

Kappel-Ghemnisch. Ein würdiges Osterfest feierten die Sozialisten von hier und der Umgegend von 5—6 Stunden am 1. Osterfesttag. Trotz allem „Kreuzige ihn!“ der Sozialisten-töbter à la Böhmert war dies Fest ein sozialistisches Osterfest im wahren Sinne des Wortes. In dem festlich decorirten Saale des hiesigen Gasthauses bewegte sich eine Menschenmasse von circa 800 Personen beiderlei Geschlechts und mahlten hunderte wegen Mangel an Platz wieder umkehren. Die Würze des Festes war die gut vorgetragene Festsrede der Genossin Frau Eugenie Klemich aus Dresden, welche von den Anwesenden mit größtem Beifall aufgenommen wurde. Es war dies das erste Mal, daß in hiesiger Gegend eine Dame die Festsrede hielt. Diefen schlossen sich die Musik- und Gesangs-Vereine würdig an. Die Gesangs-aufführungen erfolgten unter gütiger Mitwirkung des hiesigen Männergesangsvereins. Kapelle wie Sänger erlebten sich ihrer gestellten Aufgabe unter allgemeinem Beifall, ebenso fanden die Declamationen überall Anklang. Nachdem vom Leiter des Festes der Dank für das zahlreiche Erscheinen

ausgesprochen war, brachte derselbe ein Hoch auf die Sozialdemokratie aus, in welches die Anwesenden stürmisch einstimmten. Sch.

Höchst a. M., 22. April. Die heutige Delegirten-Conferenz des 1. nassauischen Reichstagswahlkreises Höchst-Ufingen eröffnete Herr Chr. Dreifürst von Höchst um 11 1/2 Uhr Vormittags mit einigen einleitenden Worten. Sodann wurde das Bureau, mit Herrn Chr. Dreifürst als Vorsitzenden, gewählt, und die Zahl der Delegirten und der Orte, die sie vertreten, festgestellt. In Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung wurde ein Centralwahlcomité errichtet, Vorort und Vorsitz wurde nach Griesheim, vertreten durch die Herren Langsam, Busch und Fort, verlegt. Jeder Ort, der diesem Beschlusse beitrifft, entsendet weitere Comitemitglieder zu den stattfindenden Comitéberatungen. Ferner wurde bestimmt, daß dieses Centralwahlcomité innerhalb 14 Tagen, womöglich in Kirdelheim zusammenzutreten solle zur Verathung weiterer zu ergründender Maßnahmen. Zu Punkt 2: „Gründung volkstümlicher Wahlvereine“ wurde dem Comité überlassen, im Einverständnis mit den Genossen der verschiedenen Orte zu wirken, da dieselben den lokalen Verhältnissen Rechnung tragen müßten zur Beschaffung der zur Agitation nöthigen Geldmittel. Punkt 3: „Verbreitung der Parteipresse und der sozialistischen Broschüren“ wurde allen Parteigenossen, besonders dem Centralwahlcomité als Pflicht auferlegt, der mündlichen Agitation in Volksversammlungen alle Aufmerksamkeit zuzuwenden, da an vielen Orten unseres Wahlkreises noch große Hindernisse im Wege ständen. Ferner stellten die Wiesbadener Genossen Wiegner und Kaiser den Antrag, der auch freudig angenommen wurde, daß bei allen wichtigen Besprechungen der 1. und 2. nassauische Reichstagswahlkreis Hand in Hand gehen möchte. Wir freuen uns innig der heute erzielten Resultate, die für unser nunmehriges Vorgehen in unserm Wahlkreise von weittragender Bedeutung sind. Für die rege Theilnahme aller anwesenden Genossen, für den guten Geist, der Alle befehlte, für die thätigste Unterstützung seitens der Wiesbadener und der Bodenheimer Genossen dankt auf Wunsch der Einberufer dieser Conferenzen F. W. Doermer, Schriftführer.

Elberfeld, 20. April. Wie man hier allgemein hört, wird bei der Bergisch-Märkischen Bahn demnächst eine wesentliche Veränderung bezüglich des Bahnwärterpersonals eintreten. Auf der Strecke Bierken-Wenlo ist den Bahnwärter-Abbläsern zum 1. k. M. gefündigt worden, und soll von da ab die Abblöser der Bahnwärter durch deren Frauen besorgt werden. Zum 15. d. M. war bereits Termin zur Vereidigung dieser Frauen anberaumt. Eine solche Abblöserin soll auf einer eingleisigen Strecke 12 Mark und auf einer zweigleisigen 18 Mark Remuneration monatlich beziehen, so daß gegenüber den männlichen Abbläsern eine erhebliche Ersparnis erzielt wird. Wie verlautet, soll die Einrichtung auch auf der Gladbach-Grefelder Strecke demnächst bevorstehen. Von einem Familienleben solcher Bahnbediensteten kann unter diesen Umständen doch gar keine Rede mehr sein. — Die Gefahr für das Publikum aber wird erheblich erhöht.

Briefkasten

der Redaktion: Wer ist in sam? Mit dem Postkempel Berlin 15. 4. 78 versehen, erhielten wir eine Postkarte folgenden Inhalts: „Der fortschrittliche Red. Berl's läßt sich, trotz v. Mahnungen nicht herbei, meine in der L. B. veröffentlichte Beiträge zu honoriren, u. hat mich (nebst v. andern liberalen Freibeitern) dadurch in tödliche Verlegenheit gesetzt. Sollte in Uyg. nicht irgend ein zuverlässiger Volksanwalt oder sonst Jemand zu gewinnen sein, der gegen gute Lantime es versucht jene Schuld (ca. 90 Rm.) schnell und energisch für mich einzutreiben? Bitte dringend um sofortige gefällige Antwort! — Hochachtungsvoll“ — folgt Unterschrift und Adresse. Diese Frage beantworteten wir im Briefkasten der Nr. 46 folgendermaßen:

„Mr. Berlin: In Ihrer Sache gegen die „L. Btg.“ resp. den Herausgeber B. können wir Ihnen nur raten, sich an den Rechtsanwalt Herrn Otto Freitag in Leipzig, Nikolaistraße, Amtmannshof, zu wenden. Auf diese Weise können Sie hoffen zu Ihrem Gelde zu kommen.“
Jeder denkfähige Mensch wird zugeben, daß wir einzig und allein diesen uns gestellte Frage beantworteten, daß wir dem Fragesteller gerecht wurden. Auf diese unsere Briefkastennotiz kam uns bereits am 18. April folgende Entladung zu:
„Leipziger Volkszeitung. An die Redaktion des „Vorwärts“ hier. In Ihrem „Briefkasten“ der Nr. 46 befindet sich folgende Notiz: „Mr. Berlin: In Ihrer Sache gegen die „L. Btg.“ resp. den Herausgeber B. können wir Ihnen nur raten, sich an den Rechtsanwalt Herrn Otto Freitag in Leipzig, Nikolaistraße, Amtmannshof, zu wenden. Auf diese Weise können Sie hoffen zu Ihrem Gelde zu kommen.“
Ich gestatte mir dem gegenüber Ihnen zu erklären, daß diese Notiz, bez. die darin erwähnte Sache, erfunden ist, um mir, Ihrem Gegner vor der Öffentlichkeit einen Schlag zu versetzen. Ich stehe nicht an, die Art wie Sie, um mich an meiner Ehre zu kränken, Verleumdungen begehen oder zur Weiterverbreitung von Verleumdungen in böswilliger Absicht beitragen, als eine pöbelhafte und unsame zu bezeichnen. Der gewöhnlichste Anstand hätte Ihnen, falls wirklich eine Anfrage wie die erwähnte, bei Ihnen eingegangen ist, gebieten müssen, mich privatim davon in Kenntniß zu setzen, womit Sie ja auch dem „Anfragen“ ohne Zweifel am Besten gedient hätten. Wollten Sie dies nicht, so konnten Sie Ihre Antwort ertheilen, ohne meinen und meiner Zeitung Namen vor die Öffentlichkeit zu zerren; der mythische Herr Nr. hätte Sie schon auch so verstanden.“

Ich bin weder einem Herrn Nr. in Berlin, noch sonst wo einen Pfennig schuldig. — weder als Privatmann, noch als Herausgeber der „Leipziger Volkszeitung“. Diese meine Erklärung ist aber wohl auch überflüssig, da ich eben Sie als Erfinderin der Verleumdung betrachte. Sie werden mich von dieser Lebertzung nur dann abbringen können, wenn Sie mir den Namen des Anfragenden nennen.
Arnold Berl's, Herausgeber der Leipziger Volkszeitung.“
Nach Empfang dieses Schreibbriefes wandten wir uns an den Anfragenden mit der Frage, ob er damit einverstanden sei, daß der Inhalt der oben angeführten Postkarte veröffentlicht werde, worauf wir umgehend eine Postkarte folgenden Inhalts erhielten:
„Die Nummern der Uyg. B., welche meine heußl. Beiträge enthalten, kann ich — soweit sie durch die Post an mich gelangt sind, als Beweis vorlegen. Bereits vielmals habe ich B. durch Postkarte vergeßlich erinnert und ihm außer einem Prozesse eine sehr deutliche Veröffentlichung in Aussicht gestellt. Auch um gef. Zurückstellung von 12 meiner bei ihm noch befindlichen Manuscripte habe ich vergeßlich gebeten. Berl's gehört offenbar zu den f. . . . und ich des liberalen Freibeutergeschlechts. (Uebrig- liche Ausnahmen finden sich auch!) Bitte um Grund dieses Materials die Sache energisch zu behandeln. Mein für Sie und Andere gebrauch- licher Autorname ist R. . . . r, mein wahrer ist — hochachtungsvoll r.“

Die „Volkszeitung“, resp. Herr Berl's, beschuldigt uns der Fäl- schung und muthet uns in der unverkündeten und niederträchtigsten Weise böswillige Absicht zu, obgleich wir, wie wir oben zeigten, bloß unserer Pflicht genügt haben. Ob wir dem Anfrager durch eine Rück- frage mit Herrn B. „am besten gedient“ hätten, ist nach dem Inhalte der zweiten Postkarte zu schließen, sehr fraglich. Was von dem präb-

terischen: „Ich bin weder Herr Nr., noch sonst wo einen Pfennig schuldig“ zu halten ist, möge sich Jeder selbst beantworten.

Unter Hinweis auf obige Schriftstücke, welche zur Einsicht des Herrn Berl's in unserer Redaktion bereit liegen, werfen wir bloß die Frage auf: Wer hat sich pöbelhaft benommen? Wer ist gemein und ein Verleumder? Wer ist infam?
Bezüglich der Aufforderung eines Parteigenossen im Briefkasten des „Vorwärts“ Nr. 47 wegen Bezug von Wasserwaagen-Libellen ist noch folgende Adresse eingesandt: C. F. Stuhl, Stüberbach b. Jmenau (Thüringen).
Albrecht Bahl, Schneider, wird dringend ersucht, mir, Erb- schaftsangelegenheit wegen, seine Adresse oder Vollmacht schlen- nigst zukommen zu lassen.
Duisburg, Poststraße 113. Franz Bahl.

Fonds für Gemafregelte.
B. Stollberg Bordenau 5,00.

Altona. Montag, den 29. April, Abends halb 9 Uhr, im Convent-Saal, gr. Bergstraße 27: [1,00]

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Steuerprojecte im Reichstage. Referent Herr Reichstagsabgeordneter F. W. Frischke aus Berlin. (S. 33)
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
F. Venzsch.

Halle a. S. Sozialdemokrat. Arbeiterverein. Dienstag, den 30. April, Abends 8 Uhr, bei J. Ködiger, Fleischerstraße Nr. 13: (S. 166)
Generalversammlung.
L.-O.: Neuwahl des Ausschusses und der Revisoren. 2. Rechnungs-Abschluß. 3. Die Bibliothekfrage. [70]
Alle Mitglieder müssen am Platze sein. J. A. J. Beyer, Vors.

Halle a. S. Unliebsam verspätet. Hiermit sage allen Genossenschaftsgenossen für die mir zu Theil gewordene Unterstützung meinen wärmsten Dank. [40]
Julius Beyer.

Mainz. Samstag, den 4. Mai, Abends 8 1/2 Uhr im „Kleeblatt, große Bleiche“ zu einer wichtigen Besprechung zu erscheinen. [40]
Der Agent.

Die am Abend des 22. ds. Mts. stattgehabte glückliche, wenn auch vorgeitige Entbindung seiner lieben Frau Alice, geb. Liebknecht, von einem Knaben zeigt hoch erfreut an [1,20]
Leipzig, den 23. April 1878. Bruno Geiser.

Wieder vollständig, zum Theil in dritter Auflage zu haben (auch in den Expeditionen dieses Blattes, der „Berliner Freien Presse“ und des „Hamburg-Altonaer Volksblattes“):

Sozialdemokrat. Abhandlungen.

Von M. Rittinghausen. I.—V. Heft. Preis Mark 1,80.
Die fünf Hefte bilden zusammen ein Buch über die direkte Ge- setzgebung durch das Volk, die erste in deutscher Sprache erschienene Schrift über diesen hochwichtigen Gegenstand.
Gegen Franco-Einführung von M. 1,90 an den Verfasser erhält der Besteller die Hefte portofrei unter Kreuzband. (3a) [3,30]
Adresse: Rittinghausen in Köln, Gereonstraße 36.

Im Verlag von Emil Sauerberg in Göttingen ist erschienen:
Ein armer Wandersmann.
Lied für eine Baritonstimme mit Pianobegleitung.
Comp. von G. Scholz. Op. 16. (4a)
Preis 50 Pfg.
Gegen Einsendung des Betrages in Briefmarken erfolgt Zusendung franco. [90]

Durch uns ist zu beziehen:

Die Freiheit.

Büfte in Gyps 25 Centimeter hoch, modellirt nach der Courebet'schen Büfte „Liberté“.
Preis pro Stück in Weiß 2 Mark, in Eisenbeinton 2,50 Mark.
Bei Bezug von 6 Stück 25% Rabatt.
Versandt ohne jede Ausnahme nur gegen baar.
Die Expedition des „Vorwärts“.

Armer Conrad.

Preisherabsetzung.

Um mit dem Reste desselben zu räumen, ist der Preis auf 20 Pfg. für geheftete, und 40 Pfg. für gebundene Exemplare herabgesetzt.
Bei Bezug von 10 Expl. und darüber Rabatt.
Bestellungen sind zu machen bei der Associations-Buchdruckerei in Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier- platz 8a., sowie der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig, Färberstraße 12.
Die Expedition des „Vorwärts“.

Wir empfehlen:
W. Liebknecht
Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie
insbesondere mit Bezug auf den Reichstag.
Preis per Exemplar 10 Pfg.
Die Expedition des „Vorwärts“.

Prachtvoll und solid gearbeitete
Einbanddecken

(Goldprägung) für die „Neue Welt“ Jahrgang 1876 u. 77 sind in Schwarz à Stück M. 1,20, in Roth M. 1,50 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchbinderei von G. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteurs und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Kosten der Empfänger.
NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effectuirt von der Expedition der „Neuen Welt“, Leipzig, Färberstr. 12.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzler in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

*) Das Mitglied der Fortschrittspartei, Herr Fintel, der sich im Allgemeinen mit der Rede Halenclevers einverstanden erklärte, hob ja ausdrücklich hervor, daß sehr scharfe Angriffe von Seiten des Redners auf die Fortschrittspartei gefallen seien.